

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1. Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Petitzeile 1.55 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile mit Platzvorrückung 1.85 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Petitzeile 6.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Beendigung des französischen Eisenbahnerstreiks.

Das Ende des Streiks der französischen Eisenbahner.

Der Streik der französischen Eisenbahner ist am Dienstag beendet worden, nachdem die Verhandlungen zwischen der Regierung, den Direktoren und dem Eisenbahnerverband zu einer Einigung geführt haben. Wenn auch nur durch ein beiderseitiges Entgegenkommen die Einigung erzielt werden konnte, so stellt das Ergebnis der Verhandlungen doch einen bedeutungsvollen Erfolg dar. Die Einigung kam auf folgender Grundlage zustande:

1. Achtung des Gewerkschaftsrechtes; 2. Anwendung der Bestimmungen und der Statuten des Eisenbahnerverbandes für die großen Züge in einer durch das Verbandskomitee festzusetzenden Frist. Die noch kritischen Punkte sollen durch eine Schlichtungskommission geregelt werden, deren Entscheidung sich beide Parteien unterwerfen.
 3. Bildung von paritätischen Spezialkommissionen bei den Nebenbahnen für die gleichen Forderungen. (Die Vertreter der Eisenbahnerverbandes erkennen die Zuständigkeit der Direktoren der Hauptbahnen in diesem Punkte nicht an.)
 4. Sofortiges und gebührendes für die gleichen Forderungen. (Die Vertreter des Eisenbahnerverbandes.) (Die Frage will das Direktorium der Eisenbahnen nur mit der Regierung gemeinsam behandeln.)
- Ueber den fünften Punkt: keine Kollektion von Maßnahmen für Streikfälle, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Entscheidung darüber wurde dem Ministerpräsidenten Millerand überlassen. Dieser bestimmte, die Streikfälle werden nicht bezahlt. Alle, infolge dieser Bestimmung, die Arbeit nicht ausüben, ausgesprochenen Disziplinarstrafen, werden alle für null und nichtig erklärt. Alle aus andern Gründen verhängten Disziplinarstrafen werden einer Revision unterworfen. Die durch die Direktoren der verschiedenen Eisenbahngesellschaften im Sinne der Verantwortlichkeit vorgenommen werden wird. Sowohl die Vertreter des Eisenbahnerverbandes als auch die Direktoren der Hauptbahnen haben diese Entscheidung des Ministerpräsidenten bedingungslos angenommen.

Darauf hat der Eisenbahnerverband die Anweisung zur Wiederaufnahme geachtet. Im Prinzip scheint nach den eingelaufenen neueren Meldungen ein Wiederaufleben des Streiks nicht ausgeschlossen. Die Delegation der Pariser Eisenbahnergewerkschaft findet in einer Mitteilung an die Presse an, den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen, falls die Regierung die Freilassung der verhafteten Genossen verweigern sollte.

Millerand hat über einer Abordnung des Verbandes erklärt, die Angelegenheit sei den Justizbehörden übertragen worden und die Untersuchung werde ihren Lauf nehmen.

Die Kammer nahm nach den Erklärungen Millerands über den Streik der Eisenbahner mit 508 gegen 75 Stimmen eine Tagesordnung an, die die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks billigt.

Das Mord-Regime in Ungarn.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Andreas Szabo, der Dichter der erschütternden Werke "Menschen im Kriege" und "Friedenskriege", soll nach einer dem Berliner Tageblatt aus der Schweiz zugegangenen Mitteilung in Budapest verhaftet und zum Tode verurteilt worden sein.

Die furchtbare Nachricht erscheint dem Berliner Tageblatt vorläufig ungläublich, es gibt sie deshalb nur mit Vorbehalt wieder. Es wäre möglich, daß ein anderer Schriftsteller Szabo, der während der Räterepublik in Ungarn als Publizist hervortrat, jetzt zum Tode verurteilt wurde. Immerhin ist nicht ausgeschlossen, daß der Verurteilte tatsächlich der bekannte Dichter ist. Szabo war im Kriege Offizier der ungarischen Armee, und der weiße Terror in Ungarn hat noch mehr Taten des Wahnsinns auf dem Gewissen.

Die Berliner Blätter enthalten im übrigen eine Reihe von Meldungen über weitere Untaten des weißen Terrors in Ungarn. So wurden die drei Führer der Sozialdemokratie in Kaschau in Budapest ermordet. Zwei Beamte des Budapest-Bezirksnahrungsamtes wurden in die Kasernen geschleppt und dort festgehalten, weil sie sich weigerten, einer Aufforderung der Offiziere gemäß Ausführungsverfügungen nur noch an Obersten zu erteilen.

Einer Deputation, die sich bei dem Chef der amerikanischen Mission über das Verhalten der magyarischen Soldateska in dem durch Friedensvertrag Deutsch-Oesterreich zugesprochenen Westungarn beschränkte, erwiderte der Missionschef, daß eine Enquete-Kommission nach Bereisung jener Gebiete die Beschwerde als unbegründet erklärt habe. Daraus erwiderte die Abordnung, daß die Kommission von den ungarischen Behörden und Offizieren irreführend und in falsche Irreführung geleitet worden sei. Der Missionschef antwortete, daß sich schon andere Abordnungen an ihn gewendet hätten und daß er geeignete Maßnahmen treffen werde.

In der Budapest Nationalversammlung führte der Präsident lebhafteste Beschwerde darüber, daß das Parlamentsgebäude von Soldaten umringt und daß eine Reihe von Abgeordneten, darunter auch dem Finanzminister, der Eintritt verweigert worden sei. Der Sitzung wurde mitgeteilt, daß fünfzehn Offiziere die Erlaubnis erhalten hätten, sich in den Wandelgängen des Parlamentsgebäudes aufzuhalten, aber 100 Offiziere ohne diese Erlaubnis seien erschienen.

Militärherrschaft und Parlament in Ungarn.

Während der Montagssitzung der Nationalversammlung in Budapest war, wie verschiedenen Blättern berichtet wird, das Parlamentsgebäude von Soldaten umringelt. Als sich ein Kabinettsmitglied ausdrücklich legitimierte, bekam es von dem amtierenden Offizier die Antwort, er habe den Befehl erhalten, keinen Menschen, auch nicht den Ministerpräsidenten, in das Haus einzulassen. In der Dienstagssitzung protestierte der Präsident gegen diese schwere Immunitätsverletzung.

Die stilligen Zensurverbote.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Laut einer telegraphischen Befehlsung des Reichsverkehrsministeriums wurde die Düsseldorf-er Unabhängige Volkszeitung vom 2. bis 8. März einschließlich verboten, weil sie durch einen Aufsatz Deutschland im "eisernen" Ausland sehr nachteilig habe. (?)

In Danabrad ist unser dortiges neugegründetes Parteiblatt, die Danabrad-er Arbeiterzeitung, auf drei Wochen verboten worden wegen eines Artikels: "Die Bahnbrecher der Reaktion".

In Königsberg hat der General v. Florff, der in Ostpreußen alle Versammlungen und Veranstaltungen unserer Partei verbietet und ihr selbst die Wahllokation bei Gemeindevahlen unmöglich macht, nicht nur unser dortiges Parteiblatt, die Freiheit, verboten, sondern auch einen ihrer Redakteure, den Genossen Pohlens, in "Schubhaft" gesteckt, ebenso den Genossen Schriftsteller und Stadtratsmitgliedern P. u. d. e. m. a. n. Beide sollen "Anfechtung" erleiden haben, obwohl die Staatsanwaltschaft keinerlei Anklage deswegen erhoben hat.

Deutschnationale Prügellahfi.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Ankerburger Volkszeitung vom 27. Februar bringt einen interessanten Bericht über den Verlauf einer deutschnationalen Versammlung. In dieser Versammlung wurden sozialdemokratische Zwischenrufer von einem augenscheinlich zu diesem Zwecke besetzten militärischen Aufgebot mit Keilpeitschen behandelt. Es waren eine große Anzahl von Soldaten, vor allem aber auch von Offizieren in Zivil und Uniform erschienen, die durchgehend mit Keilpeitschen ausgerüstet waren. Der deutschnationale Redner der Versammlung, ein Parteimitglied Dr. Sprang, bei einem Zwischenruf selbst mit klarem Auge von der Bühne herab, um den Zwischenrufer eigenhändig zu verprügeln.

Militärische Erfolge der Bolschewiki.

Das sibirische Communiqué vom 28. Februar besagt, daß die Bolschewiken auf einer breiten Front östlich von Nischni bis nördlich von Stawropol vorrückten. Bolschewikischen Angriffe auf den unteren Don und die Krimfront wurden verlustreich abgeschlagen.

Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel, daß der halbige Fall von Noworossisk und Sewastopol einwirft wird. Aus Reval wird gemeldet: Nach einem bolschewistischen Putsch ist das Gebiet der ukrainischen Sowjetrepublik von den Weißgardisten und Anhängern Petljuras geräumt worden.

Wiedereroberung Nischni durch die Bolschewiken

Wie der bolschewistische Ozeanbericht vom 24. Februar meldet, haben die Roten Truppen nach zweiwöchigen heftigen Kämpfen die beiden Städte Nischni und Nadschikewan wieder besetzt. Gleichzeitig wird die Einnahme von Chlwa (Hauptstadt des gleichnamigen Khanats und Basallenstaats von Rußland und Zentralasien) durch die Bolschewiken gemeldet.

Zusammenbruch der antibolschewistischen Nordfront

Der Korrespondent von "Politiken" in Christiania bringt ein Aeußerung des englischen Vizekonsuls General Miller über die Lage an der Nordfront, nach der die Weißen Truppen durch die Niederlage Denikin, Kollschak und Judenitsch machtlos geworden sind.

Bankrott.

III.

Die Krise hat ihren Ausgang genommen von der Staatswirtschaft. Ihre Lösung kann nur darin bestehen, daß die Staatswirtschaft in Ordnung gebracht wird, und zwar so, daß die zu ergreifenden Maßnahmen gleichzeitig den Fortgang der Produktion und die Bedarfsdeckung der Gesamtheit nicht stören. Die einleuchtendste Voraussetzung einer jeden Lösung ist, daß die Störungen der Volkswirtschaft infolge des Krieges behoben werden, und es erscheint naheliegend, daß der Staat durch direkte Eingriffe in die Produktion und in die Verteilung repariert, was er durch seine Wirtschaft zerstört hat. Das aber würde bedeuten, an den Grundpfeilern des jetzigen Wirtschaftssystems rütteln und die Schranken durchbrechen, die der Kapitalismus der Staatswirtschaft zieht.

Deshalb richtet sich das Streben der Regierung vor allem darauf, durch finanzielle und steuerpolitische Maßnahmen die Krise der Staatswirtschaft zu lösen und gleichzeitig volkswirtschaftlich heilsame Wirkung auszuüben. Das Problem ist für sie: wie können die Preise abgebaut werden, wie kann der Staatsbedarf gedeckt werden?

Vorschläge für die Lösung dieser Probleme sind der Regierung genug gemacht worden. Eine umfangreiche Broschürenliteratur ist entstanden, die sich teils vom Standpunkt eines blutigen Diszantismus aus, teils mit wissenschaftlichen Methoden mit diesen Problemen beschäftigt. Ueber die ernsthaften Vorschläge gibt die erwähnte Denkschrift von W. Brion einen guten Überblick. Alle diese Vorschläge, namentlich soweit sie sich auf die Frage des Preisabbaues und der Stabilisierung der Währung beziehen, lassen sich in zwei Kategorien gliedern. Entweder sie laufen auf den Staatsbankrott hinaus, oder ihre Wirkung ist durchaus problematisch. Die wichtigsten dieser Vorschläge müssen bei der Betrachtung der Frage, ob mit finanziellen und steuerpolitischen Maßnahmen die Währung stabilisiert, die Preise abgebaut werden können, berücksichtigt werden.

Ein Vorschlag, der immer wieder auftaucht, ist der, den Nennwert des umlaufenden Papiergeldes auf die Hälfte oder einen noch geringeren Bruchteil staatlich festzusetzen, sei es nun durch Ausgabe neuer Scheine, sei es durch Abstempelung der Noten, wie dies in Tschecho-Slowakien geschehen ist. Rein theoretisch erscheint diese Maßregel auf den ersten Blick zweckmäßig. Es ist die einfachste Umkehrung des Satzes, daß der Geldwert bestimmt wird durch die zirkulierende Warenmenge und die ihr gegenüberstehende Papiergeldmenge. Verringert man die Inflation, indem man etwa die Hälfte des zirkulierenden Papiergeldes vernichtet, so muß der Geldwert entsprechend steigen, demzufolge müssen die Warenpreise fallen. Die Wirkung jedoch würde katastrophal sein. Mehr noch als bei der Inflation muß bei der Deflation die Frage erhoben werden: was bedeutet dieser Prozeß für die einzelnen Klassen? Wie die Inflation und ihre Wirkung auf die Preise ein Prozeß war, dessen Auswirkungen erst nach und nach sichtbar wurden, so auch die Deflation. Die erste Wirkung würde nicht ein Preissturz sein, sondern eine ungeheure Geldknappheit, die namentlich in den Kreisen auftreten würde, von denen die Massenbedarfsartikel aufgenommen werden. Dadurch aber würde zunächst ein völliges Stoden der Zirkulation eintreten — Unmöglichkeit, die vorhandenen Massenbedarfsartikel abzusetzen, trotzdem der Bedarf weit größer ist als die vorhandene Gütermenge.

Aber gesetzt den Fall, es würde keine Verschiebung in der Kaufkraft der Klassen untereinander während des Prozesses der Preisfestsetzung vor sich gehen, Zirkulationsstörungen würden in erheblichem Maße nicht eintreten — Voraussetzungen, die nicht eintreten werden — was würde sich dann geändert haben? Nur der Wert des Papiergeldes, an Ware gemessen — an den Verhältnissen der Klassen, mangelnde Bedarfsdeckung hier, Luxus dort, gar nichts. Nur die Deckungsfrage würde für den Staat schwieriger werden, was die Zinszahlung und die Amortisation angeht. Daraus geht hervor, daß in Wahrheit das volkswirtschaftliche Problem überhaupt nicht von der Geldseite her zu lösen ist, daß es sich vielmehr um die Bedarfsdeckung der Gesamtheit durch Gebrauchsgüter handelt, die durch Vermehrung oder Verminderung der Umlaufmittel, durch Veränderung von dessen Wert nicht vermehrt oder vermindert werden können.

Die Devaluation der Währung würde mit aller Schärfe die Arbeiterklasse treffen: der Nennwert des in ihren Händen befindlichen Papiergeldes würde plötzlich herabgesetzt, die entsprechende Lohnreduktion würde rasch folgen, die Preise aber würden nur langsam nachgeben. Die bestehenden Klassen, Inhaber materieller Güter, Unternehmer, würden